Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4533**

17. Wahlperiode 25. 01. 2011

Antrag

der Abgeordneten Niema Movassat, Sahra Wagenknecht, Dr. Axel Troost, Dr. Kirsten Tackmann, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Sabine Leidig, Stefan Liebich, Ulla Lötzer, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Süßmair, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Hunger bekämpfen – Spekulation mit Nahrungsmitteln beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Preise für Nahrungsmittel sind in den letzten Jahren massiv gestiegen und unterliegen zusätzlich drastischen Schwankungen. Besonders dramatisch war die Steigerung bei den Grundnahrungsmitteln Reis und Getreide, die zwischen Ende 2006 und März 2008 126 Prozent betrug. Aktuell steuern die Grundnahrungsmittelpreise nach einem zwischenzeitlichen Preiseinbruch wieder auf ein Rekordhoch zu. Besonders hart von den Preissteigerungen betroffen sind die Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern, den Least Developed Countries (LDCs): Während der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel je Haushalt in den Industrieländern bei 10 bis 20 Prozent liegt, machen die Ausgaben in den LDCs 60 bis 80 Prozent aus.

Als Ergebnis der Preiserhöhungen stieg die Anzahl der Menschen, die in extremer Armut leben, nach Schätzungen der Weltbank zwischen 2007 und 2008 um 130 bis 150 Millionen auf über 960 Millionen. Die Preisexzesse im Nahrungsmittelbereich stellen eine direkte Bedrohung der Ernährungssicherheit und des Menschenrechts auf Nahrung dar. Viele Länder des Globalen Südens sind Nettonahrungsmittelimporteure. Dort führen die verteuerten Nahrungsmittelimporte zu einer erhöhten Verschuldung und einer größeren Inflationsgefahr. Auf der anderen Seite hat die Landwirtschaft insbesondere in den Ländern des Südens eine wichtige Einkommensfunktion. Nur durch faire, verlässliche Preise sind landwirtschaftliche Betriebe in der Lage, ihre Existenz zu sichern. Die durch Preisvolatilität bewirkte Planungsunsicherheit verhindert darüber hinaus notwendige Investitionen. Auch in den Ländern des Nordens sind die extremen Preisschwankungen aus den gleichen Gründen ein zunehmendes Problem für die landwirtschaftliche Erzeugung.

Die Preissteigerungen und Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln haben komplexe Ursachen. Spekulationen mit Agrarrohstoffderivaten haben jedoch zu den extremen und unberechenbaren Preisausschlägen geführt. Darüber hinaus hat die Nutzung von Agrarrohstoffen als Vermögensanlage die Preise im Trend ansteigen lassen und die Gefahr der Bildung von Spekulationsblasen erhöht. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellte schon im April 2008 fest: „Die internationalen Kapitalmärkte sind auf der

Suche nach lukrativen und relativ zukunftssicheren Anlagemöglichkeiten wieder auf die Agrarmärkte aufmerksam geworden. Dies sorgt für mehr Volatilität, insbesondere, wenn die Akteure einsteigen, die stark spekulativ agieren“. Den Anteil des Preisanstiegs von Nahrungsmitteln, der auf Spekulationen zurückgeht, beziffern Experten der Weltbank 2008 auf zirka 37 Prozent, der Chefvolkswirt der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) Heiner Flassbeck sogar auf das Doppelte.

Erst die Liberalisierung der Finanzmärkte hat diese drastische Entwicklung ermöglicht. So betrug das Volumen gehandelter Futures (handelbare Verpflichtung, an einem bestimmten Datum eine festgelegte Menge eines bestimmten Vermögensgegenstandes zu kaufen oder zu verkaufen) verglichen mit der realen Getreideproduktion in den USA 2002 das 11-Fache, 2004 das 16-Fache und 2007 gar das 30-Fache. Institutionelle Investoren wie Pensionsfonds, Investmentbanken und Hedgefonds drängten insbesondere während der Kredit- und Finanzkrise 2007/2008 auf der Suche nach Profiten in die Rohstoffmärkte, verstärkt auch in die Agrarrohstoffmärkte. Die Deutsche Bank, neben den US-Banken Goldman Sachs und Merrill Lynch, sehr aktiv im Rohstoffgeschäft, schreibt in ihrem Jahresbericht 2009: „In aussichtsreichen Wachstumsfeldern wie im Handel mit Rohstoffen (…) wurden neue Höchstwerte erzielt.“ Goldman Sachs machte 2009 allein mit Rohstoffderivaten, darunter in steigendem Maße Agrarrohstoffderivate, 5 Mrd. US-Dollar Gewinn.

Die Bundesregierung hat sich wiederholt, zuletzt im September 2010 auf dem Millenniumsgipfel in New York, für die Millenniumsentwicklungsziele ausgesprochen. Erstes Ziel ist, den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, zu halbieren. Die Deregulierungspolitik der vorangegangenen Bundesregierungen und die mangelhafte Bereitschaft der aktuellen Regierungskoalition der CDU/CSU und FDP, die Finanzmärkte endlich streng zu regulieren, stehen in direktem Gegensatz zu diesem erklärten Ziel. Die zuständige Arbeitsgruppe der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) stellte im September 2010 unmissverständlich fest: „Über 150 Jahre Geschichte von Termingeschäften zeigen, dass Positionslimits für Rohstoffe mit endlichem Angebot nötig sind, um exzessive Spekulation und Horten einzuschränken“. Die UNCTAD forderte Ende November 2010 unter anderem, die Spekulation in Rohstoffmärkten durch steuerliche Maßnahmen zu beschränken. Die Bundesregierung muss umgehend handeln – so etwa durch Einflussnahme bei den Überarbeitungen der EU-Richtlinien über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) und Marktmissbrauch (MAD) sowie der Verordnung über OTC-Derivate (Over-the-Counter, d. h. außerbörslich gehandelte Derivate). Allerdings reicht es nicht aus, Spekulation lediglich zu erschweren. Mittelfristig besteht die Notwendigkeit, die Erzeugung und den Handel von Agrarrohstoffen vollständig von den Finanzmärkten zu entkoppeln und stattdessen politisch auf der Grundlage internationaler Abkommen und im Interesse von Ernährungssicherheit und -souveräniät zu regulieren. Außerdem muss weltweit die Bodenspekulation mit landwirtschaftlichen Flächen verhindert werden, da sonst die Grundlagen der Nahrungsmittelproduktion gefährdet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf nationaler, EU- und internationaler Ebene Maßnahmen zu ergreifen, damit Spekulation mit Agrarrohstoffen unterbunden wird und nur das zur Preisabsicherung notwendige Maß an Warentermingeschäften stattfindet.

Dazu gehört:

a) die Agrarmärkte streng zu regulieren durch eine Standardisierung der Derivatkontrakte, die Einführung von Positionsobergrenzen für einzelne Händler und die Gesamtmenge an Kontrakten je Rohstoff (aggregierte Positionslimits) sowie von Obergrenzen für den physischen Erwerb und Besitz von Agrarrohstoffen durch nichtstaatliche Unternehmen oder Privatpersonen und die Schaffung von Kontrollinstanzen und Offenlegungspflichten einschließlich Berichtspflichten in Echtzeit;

b) OTC-Handel mit Agrarrohstoffderivaten zu verbieten;

c) entsprechend der US-Aufsichtsbehörde für den Handel mit Rohstoffderivaten CTFC (U.S. Commodity Futures Trading Commission) eine europäische, auf Agrarrohstoffe spezialisierte Warenterminhandelsaufsicht einzurichten und mit Durchgriffsmöglichkeiten gegen Marktmissbrauch und extreme Marktsituationen auszustatten;

d) ein Händlerregister einzuführen, in dem sich alle Akteure, die mit Agrarrohstoffderivaten handeln, registrieren lassen müssen. Eine Registrierung ist Akteuren möglich, die an Produktion, Weiterverarbeitung und Verkauf beteiligt sind. Indexfonds ist die Eintragung in das Handelsregister zu verweigern;

e) die zu unterlegenden Sicherheiten für Agrarrohstoffderivate zu erhöhen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer voranzutreiben;

f) das Anlegen staatlicher, international koordinierter und kontrollierter, physischer Nahrungsmittelreserven zu forcieren, um der Volatilität auf den Agrarmärkten begegnen und auf Nahrungskrisen reagieren zu können;

g) für die Vermeidung staatlich veranlasster Spekulationsgeschäfte im Rahmen internationaler Verhandlungen Sorge zu tragen;

2. auf nationaler, EU- und internationaler Ebene Schritte einzuleiten, damit

a) mittelfristig staatlich festgelegte Preiskorridore geschaffen werden, die Termingeschäfte zur Preisabsicherung unnötig machen;

b) der Agrarrohstoffbereich im Interesse der Ernährungssicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen, z. B. der UNCTAD, koordiniert und überwacht wird;

c) Machtkonzentration in den Agrarmärkten wirksam begrenzt wird.

Berlin, den 25. Januar 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333